

Die Forderungen der Staatsangestellten.

Von den vereinigten Postbediensteten.

Nach den Erklärungen des Finanzministeriums werden seitens der Regierung die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses betreffend die Erhöhung der Steuerzulagen nicht zur Durchführung gelangen. Die Regierung wird über die seinerzeit abgegebenen Erklärungen nicht hinausgehen, obwohl seit dieser Zeit Brot und Mehl verteuert wurden, was allein die zugestandenen Erhöhungen übersteigt, ganz abgesehen von der vielhundertprozentigen Vertéuerung der anderen Lebensmittel und Bedarfsartikel.

In der nun am 26. d. stattgefundenen Besprechung der Vertrauensmänner der koalitierten

Fachorganisationen der Postbediensteten kam diese Tatsache zur Erörterung und wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, bei allen maßgebenden Stellen in der entschiedensten Weise der fürchtbaren Erregung Ausdruck zu geben, die diese Stellungnahme der Regierung in allen Kreisen der Postbediensteten hervorgerufen hat. Die Postbediensteten bestehen auf der unbedingten Durchführung der aufgestellten Forderungen nach 100prozentiger Erhöhung der Steuerzulagen und der vierteljährigen Zuschüsse, sowie entsprechender ausreichender Belieferung mit Naturalien.

Einen wichtigen Teil der Beratungen bildete auch die weitere Forderung nach doppelter Zählung der Kriegsdienstjahre für die Vorrückung in die höheren Bezüge und in den Ruhegenuß.

Gleiche Behandlung für alle!

In der am 26. d. abgehaltenen Ausschußsitzung der Landesorganisation der Staatsangestellten Niederösterreichs wurde gegen die Absicht der Regierung Stellung genommen, bei der Erhöhung der Steuerzulagen und in den anderen dringenden Belangen zwischen den einzelnen Staatsangestelltkategorien Unterschiede zu machen. Ganz und voll werden die Arbeit und die Leistungen der Eisenbahnbediensteten von allen Staatsangestellten anerkannt. Alle anderen Staatsangestellten Oesterreichs verlangen aber auch für sich die gleiche Anerkennung für ihre seit mehr als vier Jahren außerordentlich erhöhten Dienstleistungen. Alle Staatsangestellten verlangen gleiche Behandlung bei Erhöhung der Steuerzulagen, bei Einrechnung der doppelten Kriegsjahre in die Zeitvorrückung und Pension, bei Anerkennung und Bekräftigung von wirtschaftlicher Hilfe usw. Die Staatsangestellten werden von ihren gleichen Forderungen nicht abgehen.